

Bezugpreis:

Erstausgabe 20.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., 2/4 M. Anzeigengebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Postgebühren nehmen an: Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, England, Schweden und die Schweiz. - Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 3. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile (Litho) 3.- M., Textzeile 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist: gedruckt Wort 1.- M., (zählend zwei Zeilen) 20 Wg., Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 45 Wg., jedes weitere Wort 40 Wg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Textzeilen 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten 75%. 2.- M. politische und wirtschaftliche Vereine - Anzeigen 8.- M. die Zeile ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Arbeit für die Zukunft.

Der durch den Draht verbreitete Entwurf einer Resolution, in der der Internationale Sozialistengesamtschuld nimmt, hat in Deutschland mit Recht Bestimmen erregt, das auch durch den Vorstand der Reichstagsfraktion telegraphisch nach Genf übermittelt worden ist.

Inzwischen hat die am Sonntag vollzählig eingetroffene deutsche Delegation die Arbeit aufgenommen, und es ist ihr gelungen, eine wesentlich andere Fassung gegenüber dem ersten Entwurf zu erzielen. In wiederholten neuen Kommissionsberatungen ist die Resolution umgestaltet worden und hat nun auch die Zustimmung der deutschen Delegation gefunden.

Genosse Stamper, der der Delegation angehört, telegraphiert uns über die Verhandlungen:

Der Zweck der dreimal wiederholten Kommissionsberatungen über die Schuldfrage war es, eine Inschrift für den Stein zu finden, der auf das Grab der Vergangenheit gewälzt werden soll. Eine Minderheit, in der der Franzose Rozier führend war, hielt noch immer an dem Gedanken fest, daß der langjährige Streit nicht anders abgeschlossen werden könne, als durch ein einseitiges Schuldbekenntnis der deutschen Sozialdemokratie. Die deutsche Delegation zur Schuldfrage weist nach, daß die Schuld der deutschen Sozialdemokratie, wenn von einer solchen die Rede sein sollte, nicht in ihrem Verhalten während des Krieges zu suchen sei, sondern in der nicht ausreichenden Energie ihres früheren Kampfes gegen die Reaktion. Sie weist dann freilich nach, daß diese Schuld mehr in den unglücklichen Verhältnissen selbst begründet lag, als etwa in einem Mangel ihres guten Willens und sie stellt weiter fest, daß mit der Beseitigung der deutschen Reaktion schon vor dem Kriege noch lange nicht alle Kriegsschuldfragen beseitigt gewesen wären.

Die ursprüngliche Fassung der Resolution hob dieses bedingte Schuldbekenntnis einseitig ohne die folgenden Einschränkungen heraus und fand dagegen den entschiedenen Widerspruch der deutschen Delegation. Nachdem am Montagmittag der Resolution in einer Beratung der Unterkommission die stärksten Einsprüche ausgebrochen worden waren, gelang es am Montagnachmittag in der Hauptkommission eine Fassung zu finden, die die Deutschen vorbehaltlos annehmen konnten und die übrigen Sektionen voll befriedigt. Es ist jetzt das subjektive Moment völlig ausgeschaltet. Von der Schuld der Sozialdemokratie ist nicht mehr die Rede. In den ersten Sätzen wird objektiv festgestellt, daß die deutsche Revolution im Jahre 1918 um fünf Jahre zu spät gekommen ist und daß die Sozialdemokratie bedauert, in ihrem Kampf gegen die Reaktion nicht schon vor dem Kriege durchschlagend geübt zu haben. Die folgenden Sätze richten sich gegen das Verhalten des kaiserlichen Deutschlands, über das volle Uebereinstimmung besteht.

Der Satz über Elsaß-Lothringen ist geändert worden weil es für die Internationale, deren Glied die deutsche Sozialdemokratie ist, sehr wohl eine elsass-lothringische Frage im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes und der Autonomie geben kann. Der Sinn der jetzigen Fassung ist, daß sich unsere Partei gegen den Gedanken einer neuen kriegerischen „Desannexion“ ausspricht.

Die deutschen Vertreter erklärten sich ohne weiteres mit einem Rufus einverstanden, der das Verhalten des deutschen Militarismus in den ehemals besetzten Gebieten verurteilt, erreichten aber zugleich, daß in die Entschließung über den Versailler Frieden ein Rufus aufgenommen wurde, der gegen Ausschreitungen des Entente-militarismus in den Besatzungsgebieten nachdrücklich protestiert.

Behandelt die erste Resolution zum letzten Male unter den Mitgliedern der Zweiten Internationale die Vergangenheit, so spricht die zweite Resolution zum ersten Male von den Aufgaben der Zukunft. Sie bekennet sich in großen Zügen zu dem sozialdemokratischen Grundfah, daß den Bedürfnissen geholfen werden muß und daß es Sache der Leistungsfähigen ist, nach Maßgabe ihrer Kräfte zu dieser Hilfe beizutragen. Wird nach diesem Beschluß gehandelt, wozu alle Beteiligten ihren guten Willen zeigen, dann kann vom Genfer Kongreß ein Strom der Wiederbelebung über das kranke Europa sich erheben.

Trotz mancher Schwierigkeiten im einzelnen ist die Arbeit auf diesem Kongreß eine Freude, weil sich in ihr zeigt, daß der alte internationale Geist der sozialistischen Arbeiterbewegung lebendig geblieben ist. Galt die folgenden Tage, was die ersten versprochen, dann wird die Arbeiterklasse mit den Ergebnissen des Kongresses wohl zufrieden sein können und die Teilnehmer werden Anlaß haben, mit Genugtuung auf die geleistete Arbeit zu blicken.

Ueber die vertraulichen Kommissionsberatungen weiß die Genfer Presse erstaunlich viel zu berichten, was wahrscheinlich weitertelegraphiert werden wird. Die Teilnehmer dieser Verhandlungen können sich an solchem Wettlauf der Berichterstattpheantasia nicht beteiligen. Sie sind aber verpflichtet, wahrheitsgemäß zu versichern, daß die Verhandlungen in jedem Augenblick vom Geist sozialistischer Brüderlichkeit erfüllt waren. Das gilt ganz besonders auch von den Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Belgiern. Ausgezeichnet ist die Haltung der englischen Genossen, die in musterwürdiger Weise echten Idealismus und praktisches Handeln zu verbinden wissen. Wenn sich die Zweite Internationale als starkes Zentrum der Weltarbeiterbewegung erhält, so wird das in erster Linie das Verdienst der englischen Arbeiterpartei sein, die aus ihrer isolierten Abgeschlossenheit zur internationalen sozialistischen Aktivität erweckt ist.

Am Dienstag sind die ersten Redner zur Frage des dauernden gerechten Friedens der Schwede Engberg und der Niederländer Troelstra. Für die Deutschen dürfte Genosse Eduard Bernstein das Wort ergreifen. Es soll nur noch von zukünftigem gesprochen werden, die Vergangenheit aber soll begraben sein.

Der neue Wortlaut.

Nach Aenderung des Textes auf Grund der deutschen Vorschläge in der Subkommission erfolgte eine Einigung auf folgenden Wortlaut der Resolution:

In Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Denkschrift selbst erklärt, daß die deutsche Revolution zum großen Unglück der Welt und ganz besonders des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät ausgebrochen ist, ferner, daß sie bedauert, daß sie im Kriege den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus nicht mit ausreichendem Erfolg geführt hat, vor allem hinsichtlich der Leitung der notwendigen Politik, die der Kontrolle der Volkvertretung entzogen war,

in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehenden Erklärungen abgegeben hat: 1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erkannt haben, den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 mit Gewalt annektiert hat. Für Deutschland darf es keine elsass-lothringische Frage mehr geben. 2. Das kaiserliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens verletzte und sich durch die Mißhandlung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die Offense der Menschlichkeit verging. 3. Das republikanische Deutschland selbst sieht sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffes, die das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.

Daß der Kongreß diese Erklärungen zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der allerersten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Raubbaut eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist, und erklärt gleichzeitig, mit den gleichen Ausdrücken wie die deutsche Denkschrift,

daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kollapsgefahr gepaarten Bewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Reichshäupter lag.

Der Kongreß ist die Urheber der abscheulichen Schänderei, die Europa und die Welt mit Blut bedeckt haben, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, all seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Wir haben die neuen Sätze der Resolution durch Fettdruck hervorgehoben. Welche Veränderungen vorgenommen sind, stellen die Leser am besten fest, wenn sie den neuen Wortlaut mit der ursprünglichen Fassung in Nr. 54 des „Vorwärts“ vergleichen.

Einstimmig angenommen!

Genf, 2. August. (WZ.) In der um 2 Uhr 30 Min. beginnenden Nachmittags-Sitzung des Internationalen Sozialistengesamtkongresses wurde die Diskussion über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Die russische Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnt dem Kongreß nur in der Eigenschaft als Gäste bei. Kubanskiß erklärte namens der sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einzig nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Sozialrevolutionäre Russlands können in Russland legal nicht arbeiten infolge der Verfolgungen durch die Bolschewiken und darum könnte ihre Partei eine eubäulige Stellungnahme zur Zweiten Internationale nicht bestimmen. Die Russen sind der Auffassung, daß sie mit den deutschen und den englischen Unabhängigen wieder Fühlung erhalten müßten. Die Partei spricht sich gegen jede Unterstützung einer militärischen

Intervention des Auslands in Russland aus. Nach Erledigung der Mandatsfrage gab der Präsident folgende Stimmenguteilung an die im Kongreß vertretenen Parteien bekannt: England 20, Australien 17, Neu-Seeland 5, Frankreich 3, Aserbeidschan 4, Holland 10, Litauen 4, Georgien 4, Schweden 15, Dänemark 10, Schweiz (Grütli-Lianer) 3, Russland 5 (die Russen verzichteten aber ausdrücklich auf ihr Stimmrecht), Belgien 15, Italien (Sozialistische Union) 4, Deutschland 20, Polen 10, Ungarn 10. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, um der Kommission für die Schuldfrage Gelegenheit zu geben, zu einer vollen Einigung zu gelangen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Kommissionsberichterstattpater La Fontaine (Belgien) mit, daß in der Kommission Einstimmigkeit erzielt werden sei über den Text einer von den Deutschen angebotenen Resolution über die Schuldfrage. Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfahl er, sich jeder Diskussion zu enthalten, und unter Beifall wurde hierauf die vorgeschlagene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen.

Zur Behandlung kam hierauf die von der Kommission angearbeitete, bereits mitgeteilte Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerbund. Der Berichterstattpater La Fontaine stellte fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus noch nicht abgeschafft ist und Anlaß zu neuen Konflikten gibt. Der Vertrag von Versailles habe in seinem ersten Teile nicht nur in sozialistischen, sondern auch in den Kreisen der Juristen und bürgerlichen Pazifisten wenig Befriedigung erzeugt. Die Sozialdemokratie stehe nunmehr vor den zwei Möglichkeiten, entweder darauf hinzuwirken, daß ein neuer Völkerbund geschaffen werde, oder aber sie müsse versuchen, den bestehenden Völkerbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirklichen demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen. Zu diesem Zwecke müßten die Befugnisse des Völkerbundes in wirtschaftlicher Beziehung vergrößert werden. La Fontaine betonte ausdrücklich, daß es nicht angehe, alle Lasten auf ein Volk abzuwälzen, das sowieso am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden habe. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste, zum 15. November einberufene Völkerbundversammlung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen. Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen und auf Dienstag vormittag vertagt.

Bergarbeiterstreik gegen den Krieg.

Genf, 3. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Belgier bekannten beim Internationalen Bergarbeiterkongreß die Diskussion über den Statutenantrag, um die Kriegspolitik der Gewerkschaften auszurollen, und fanden dabei die Unterstützung der Franzosen und teilweise der Tschechoslowaken. Nach einer wirksamen Antwort des deutschen Delegierten Widmann schlug Smillic vor, das Thema einstweilen dem Internationalen Komitee zur Bearbeitung zu überweisen. Nachdem die Franzosen erklärten, daß bei der Bearbeitung der Grundzüge gelten soll, daß die Vergangenheit vergangen sein soll, wurde der Vorschlag Smillics einstimmig angenommen.

Die Notwendigkeit eines Generalstreiks der Bergarbeiter im Falle eines neuen Krieges wurde allgemein anerkannt. Präsident Smillic stellte fest, daß im Falle eines neuen Krieges der internationale Bergarbeiterstreik erklärt werden müsse. Durch eine solche Erklärung würde ein Krieg unmöglich gemacht werden, denn ohne Kohlen könne ein Krieg nicht geführt werden. Ueber diese Frage müsse der Kongreß einen formellen Beschluß fassen. Die Einzelheiten der Statuten müßten später erledigt werden.

Que (Deutschland), von der englischen Delegation lebhaft begrüßt, erklärte, daß er den Vorschlag, einen neuen Krieg mit einem internationalen Bergarbeiterstreik zu beantworten, von ganzem Herzen annehme. Aber diese Frage sei von so außerordentlicher Bedeutung, daß es zweckmäßig erscheine, diesen Antrag an eine Kommission zu verweisen, die einen definitiven Vorschlag auszuarbeiten hätte. Wenn wir, so schloß Que, die Erklärung eines Streikes bei Ausbruch eines Krieges an die Leiter der militärischen Maßnahmen ergehen lassen, so müssen wir auch bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß heute noch Krieg zwischen Polen und Russland besteht, daß auch in anderen Ländern der Frieden nicht gesichert ist und daß weiterhin zwischen Deutschland und Frankreich neue Konflikte zu entfesseln drohen. Präsident Smillic schlägt vor, diese Angelegenheit dem Internationalen Komitee zu überlassen, das dem Kongreß nach der Schlus Bericht erhalten soll. Die belgische Delegation erklärt sich damit einverstanden, betont aber, daß unbedingt noch auf diesem Kongreß

Sarber entscheiden werden müsse. Bei Sitzungsschluss hielt Albert Thomas für das Internationale Arbeitsamt an den Kongress eine Begrüßungsansprache. Die Verhandlungen wurden Johann auf Dienstag vormittag vertagt.

Ein „Tadel“ zurückgezogen.

Genf, 3. August. (Z. T.) Internationaler Bergarbeiterkongress. Paris (Frankreich) hatte eine Entschließung zu den in den Statuten enthaltenen Erklärungen gegen die deutschen Bergarbeiter, weil diese in einem 1914 veröffentlichten Artikel die Konzeptionsbestrebungen der deutschen Regierung gebilligt hätten, eingebracht. Nach der Erklärung des, daß es sich um eine Mystifikation handelte, hat die Deutsche Bergarbeiterverband niemals an anzeigenswerten Bestrebungen teilgenommen habe, wurde diese Entschließung zurückgezogen. Von einem gewissen Interesse ist die Zusammenfassung der Delegierten zum Bergarbeiterkongress aus dem ehemaligen Kaiserreich Österreich-Ungarn. Deutschösterreich hat einen Delegierten, die Tschechoslowakei sechs Vertreter (sowohl Deutsche wie Tschechen), Jugoslawien einen Vertreter, Ungarn gleichfalls einen Vertreter, den ehemaligen Minister Meyer entsandt. Das wichtige Revier von Fünfkirchen ist zwar nach dem Friedensvertrag Ungarn geblieben, aber die Grenze hat neuerlich auf Wunsch der Fünfkirchner Bevölkerung besessen, das Gebiet so lange von Jugoslawien besetzt zu lassen, bis Ungarn die Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung wiederhergestellt hat.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der „Vorwärts“ brachte in den letzten Tagen zwei Notizen, die sich mit dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen in Sowjetrußland befassen. Für den Kenner der Verhältnisse liegt die Tendenz dieser beiden Notizen klar auf der Hand. Eine Anzahl Leute hat den dringenden Wunsch, nach Rußland reisen zu können und schiebt zu diesem Zweck das Interesse an der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen in den Vordergrund.

Zunächst sei festgestellt, daß sie und ihre Hintermänner noch keinem Kriegsgefangenen trotz ihres großen Aufwandes an Worten zur Freiheit verholfen haben oder auch die Leidenszeit eines Kriegsgefangenen nur um eine Viertelstunde zu kürzen in der Lage waren.

Die letzte Notiz im „Vorwärts“ vom Freitag, den 30. Juli, vertritt aber eine geradezu fabelhafte Unkenntnis der Verhältnisse. Wenn behauptet wird, neben dem Vertreter der Reichszentrale in Moskau Herr Hilger sei noch ein sogenannter deutscher Arbeiter- und Soldatenrat tätig, so trifft das nicht zu. Dieser Soldatenrat ist vielmehr in die deutsche Fürsorgestelle umgewandelt worden und steht unter Leitung des Herrn Hilger. Ob diese Mitglieder des ehemaligen Soldatenrates Kommunisten sind oder nicht, habe ich nicht zu prüfen, die Tatsache steht aber jedenfalls fest, daß viele Tausende ehemaliger deutscher Kriegsgefangener in Rußland es diesem deutschen Soldatenrat zu danken haben, daß sie in die Heimat gekommen sind, nach ehe ein Abkommen mit der Sowjetregierung zu treffen möglich war.

Diese einfachen Arbeiter, die mit leicht erkennbarer Absicht zu Kommunisten getrieben werden, haben für die Kriegsgefangenen unendlich viel mehr geleistet als mancher Schreiber in der Heimat. Die Verhältnisse in Sibirien liegen allerdings schwierig, das hängt aber mit den dort völlig darniederliegenden Transportverhältnissen zusammen, die zu beherrschen der Vertreter Rußlands in Berlin, Herr Kopp, jüngst nach Moskau gereist ist. Herrn Kopp wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Deutsche Regierung eine Verzögerung des Vertrages darin erblickt würde, wenn nicht alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die deutschen Kriegsgefangenen nach vor Eintreffen des Winters aus Sibirien herauszubringen.

Herr Hilger ist in Rußland geboren, spricht perfekt russisch, kennt durch seine weiten Reisen auch ganz Sibirien und findet die weitgehendste Unterstützung der russischen Sowjetregierung. Die Angriffe gegen ihn beruhen entweder auf Unkenntnis der

Tatsachen, oder sie sind eine bewußte Verdrehung der Wahrheit.

Zu beachten ist aber weiter, daß die russische Regierung für jede Personlichkeit, die nach Rußland geschickt wird, die Einreiseerlaubnis erteilen muß und daß sie das Recht hat, diese Einreiseerlaubnis zu verweigern, wovon sie zweifellos Gebrauch machen würde, wenn man Personen nach Rußland schickte, die in günstigen Fällen lediglich reaktionären Elementen als Ausführgesicht dienen. Wer in Rußland arbeiten will, kann dies nur, wenn er die Unterstützung der Sowjetregierung hat und diese Unterstützung wird der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene und ihren Vertretern im weitesten Maße zuteil. Am besten legt hierfür der Anstand Zeugnis ab, daß allmählich mit der größten Regelmäßigkeit Tausende von Gefangenen aus Rußland zurückkehren. In diesen Resultaten der reiflichen Tätigkeit der deutschen Regierungsgesellen haben die Kritiker keinen Anteil, sie haben vielmehr alles getan, um die Arbeiten der amtlichen Stellen nach Möglichkeit zu erschweren. Auch auf dem Umweg vertriehler Angriffe, zu denen man sich des „Vorwärts“ bedient, werden diese Herrschaften nicht an das Ziel ihrer Wünsche gelangen, denn über diesen Wünschen steht das Interesse der Angehörigen an einer baldigen Rückkehr der Kriegsgefangenen.

D. Stücken, Reichskommissar für Kriegs- u. Zivilgefangene.

Nie wieder (es lebe der) Krieg!

Die pazifistisch-kriegerische „Freiheit“.

Einen besonders schönen Eindruck von unabhängiger Prinzipienfestigkeit und Konsequenz erhielt, wer sich am Montag nachmittags die „Freiheit“ kaufte. Die Titelseite genügte. Auf der linken Hälfte unter der Überschrift „Nie wieder Krieg!“ ein Bericht über die Sonntagsgandgebung im Lustgarten. Wir lesen da:

Einen erschütternden Anblick bot der Zug der tausende von Kriegsverstümmelten, die teils auf Krücken, teils auf Karren und Lastwagen, mit Krankenbetten, die schauerlichen Wirkungen dieses „glorreichen“ Krieges veranschaulichten.

Rechts daneben steht auf dem gleichen Stück Papier ein Jubelhymnus auf den Krieg und siegreichen Vormarsch der Bolschewiken. In eine förmliche Kriegshymne hat sich der Leitartikel der „Freiheit“ hineingeschrieben, der im sichernden Triumph also deliriert:

Und was hatten die russischen Armeen beim Vormarsch schon für Leistungen hinter sich. Von Riew bis Kowno sind in der Luftlinie 300 Kilometer, von Rinsk nach Baranowitsch 140 Kilometer, von Wlino nach Bialystok 240 Kilometer. Diese Strecken haben sie unter heftigem Kampf überstunden. Parademärsche sind das doch nicht gewesen!

Und mit welchem strategischen und taktischen Geschick sind die Kämpfe bis jetzt durchgeführt worden! Wenn auch keine genaueren Nachrichten über die einzelnen Kämpfe vorliegen, so ist allein das schon ein Beweis dafür, daß auf polnischer Seite alle Vorteile gegeben waren gegenüber einer Menge von Nachteilen auf russischer Seite.

Und welche Disziplin muß in der russischen Armee herrschen!

Ja, wie schön muß überhaupt dieser Krieg sein! — Man sieht, der Eindruck der Kriegskrüppel hat bei der pazifistisch-kriegerischen „Freiheit“ nicht einmal von Sonntag auf Montag vorgehalten. Dann darf man sich allerdings auch nicht wundern, wenn das Bürgerturn ebenso stumpfsinnig über den Anblick der Kriegskrüppel hinweggeht.

Geist von 1914.

Erinnert man sich noch des Geistes von 1914? Wo wir gegen die „degenerierten Franzosen“, die „englischen Schiffe“, die „russischen Wirtshäuser“, die „japanischen Affen“ usw. kämpften? Dieser herrliche Geist ist neu erwacht: „Sowjetrußlands Heere geben den polnischen Banditen den Todesstoß.“ So zu lesen in der Hamburger kommunistischen Arbeiterzeitung vom 31. Juli festgedruckt auf der ersten Seite. Geist von 1914, neuert von Lauffenberg-Wolffheim!

„Handlungen“ und „Absichten“.

Die französische Kammerfraktion hat am 30. Juli bei der Abstimmung über die Lebensmittelvorschlüsse an Deutschland vollständig gegen diese Kredite gestimmt. Wir wollen uns vorläufig darauf beschränken, diese Tatsache mitzuteilen und zwar aus folgendem Grunde: In unserer Morgenausgabe vom 22. Juli hatten wir bereits in einer längeren Notiz: „Milletand, das kleinere Übel!“ die erste Spätdenbatte im Palais Bourbon besprochen und unser Erstaunen über die Haltung der französischen Sozialisten zum Ausdruck gebracht, deren Vorsitzender, Genosse Léon Blum, sowohl in den Spalten der „Humanité“, wie auch in der Kammer-Debatte selbst, Milletand angegriffen hatte, einmal weil in Spa die jährliche Kohlenschuld Deutschlands von 39 Millionen Tonnen auf 24 Millionen herabgesetzt worden sei, ferner auch wegen der auf die anzukommende Kohlenmenge zu zahlenden Vorschüsse für den Einkauf von Lebensmitteln durch Deutschland.

In der „Humanité“ vom 28. Juli hat Genosse Blum eine Erwiderung auf diese Notiz des „Vorwärts“ in Aussicht gestellt, weil unsere Deutung der Haltung seiner Partei ihm unrichtig erscheine und es notwendig sei, daß niemand in Deutschland deren Handlungen und besonders deren Absichten mißverstehe.

Wir wollen nun, obwohl die zwei folgenden Nummern der „Humanité“ die versprochene Erwiderung noch nicht enthalten, die Ablehnung der Vorschüsse bei der Abstimmung vom 30. Juli einstweilen nicht erörtern. Würden wir Zweifel an der Reinheit der Absichten unserer französischen Genossen hegen, dann hätten wir bereits unsere erste Notiz in einem ganz anderen Tone verfaßt und würden auch heute Gelegenheit haben, die uns in der Tat schwer verständliche Haltung der französischen Fraktion entsprechend zu charakterisieren. Aber nichts liegt uns ferner, zumal Gen. Blum in seiner kurzen Ankündigung selbst einen Unterschied zwischen „Handlungen“ und „Absichten“ zu machen scheint.

Die Munitionstransporte.

Wie die „P. P. R.“ von zuständiger Stelle erfahren, wird deutschseits der Friedenskonferenz in Paris eine Note überreicht werden, in der das Ersuchen an die Mächte gerichtet wird, Munitionstransporte und Abfuhrtransporte für die alliierten Truppen in den Abstimmungsbezirken rechtzeitig anzumelden, damit die Regierung in die Lage versetzt wird, unliebsame Zwischenfälle von der Art hintanzuhalten, wie sie lebhafte in Erfurt und anderen Orten vorgekommen sind.

Die Lage in Jittau.

Zur Lage in Jittau erfahren die „P. P. R.“ von gültiger Stelle:

Da die sächsische Regierung für Jittau den Belagerungszustand verhängt hat, forderte gestern die Fünfschneherkommission, daß die Regierung bis nachmittags um 6 Uhr zurückschreiten solle. Die sächsische Regierung hat jedoch jedes Verhandeln mit den Aufständischen abgelehnt. Landespolizei und Reichswache sind im Anmarsch auf Jittau und man hofft, daß in zwei bis drei Tagen wieder Ruhe eingetreten sein wird. Vorläufig geht der Generalsstreik allerdings weiter, jedoch ist die große Mehrheit der Arbeiterschaft, mindestens zwei Drittel derselben durchaus arbeitswillig und weicht nur dem Terror der Maschinen. Heute früh hatten sich bereits einige Betriebe an den Fünfschneherausschuß gewandt, um die Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen. Die Stimmung in der Stadt ist ruhiger geworden; die radikale Bewegung ist schon im Abflauen. Der Fünfschneherausschuß hat auch bereits die polizeiliche Gewalt wieder in die Hände der Behörden zurückgelegt.

Jittau, 3. August. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Zugverkehr ruht, die Züge von Dresden nach Jittau verkehren nur bis Niederoderwitz.

Museum für primitive und exotische Kunst.

Von Dr. John Schilowski.

Das Kunsthandwerk-Museum siedelt demnächst ins Schloß über und für das Museum für Völkerkunde, das das frei werdende Gebäude in der Prinz-Albrecht-Strasse bezieht, ist dadurch die Gelegenheit zu einer sehr erheblichen Ausbreitung und die Notwendigkeit einer fundamentalen Umgruppierung gegeben. Dieser Umstand veranlaßt mich, ein Projekt zur Sprache zu bringen, dessen Ausführung schon lange einen sehr lebhaften Wunsch zahlreicher Künstler und Kunstfreunde bildet.

Durch das neue Kunstmuseum, das während des letzten Jahrzehnts im Kreise der Kulturnationen lebendig geworden ist, hat die vorgezeichnete Kunst, sowie die Kunst der Naturvölker, der Paläolithikvölker und der altamerikanischen Kulturvölker eine ganz neue Bedeutung gewonnen. Kunsthandwerk und Kunstwissenschaft haben diese bisher wenig beachteten Gebiete zum Gegenstand umfangreicher Forschungen gemacht und ein Teil der heute schaffenden Künstler begreift in dem Geist der primitiven und exotischen Kunst Tendenzen, die den modernsten weitestverwandt sind. Die systematische Kunstgeschichtsschreibung unserer Tage — z. B. in der neuesten Auflage von Boermans „Geschichte der Kunst“ — trägt dieser veränderten Auffassung auch bereits Rechnung, aber die Leiter der öffentlichen Kunstmuseen haben sich ihr bisher verschlossen. Der Resthüter, der Kunststreu oder der Künstler, der die primitive und die exotische Kunst studieren oder genießen will, ist genötigt, ihre Werke in ethnologischen Museen anzusehen, wo sie unter anderem Material verstreut, mangelhaft platziert und schwer zu finden sind und nicht zur richtigen Geltung kommen können. Die Forderung, besondere Museen für diese Kunstgebiete einzurichten, ist daher wiederholt erhoben worden, aber meines Wissens ist man bisher nur einmal, in Amerika, dem Projekt nähergetreten. Und zwar gelang das auf Anregung unseres Vordenkners Dr. Saleniner, der die Lebensführung der altperuanischen und altmexikanischen Kunstwerke aus dem New Yorker Museum für Naturgeschichte in das Metropolitan-Museum of Art vorgebracht und auch schon vorherbereitet hatte, als der Ausbruch des Krieges die Ausführung verhinderte.

In den Bau eines Museums für primitive und exotische Kunst ist in Deutschland angesichts der gegenwärtigen Finanzlage natürlich nicht zu denken. Wohl aber ließe sich ein solches Museum ohne besondere Mühe und große Kosten im Rahmen eines der schon bestehenden Sammlungen einrichten, und die Erweiterung und Umgruppierung unseres Völkerkundemuseums bietet die günstigste Gelegenheit, endlich an eine praktische Ausführung des Projekts zu gehen. Im Gebäude des alten Völkerkundemuseums oder in dem des früheren Kunstgewerbemuseums können geeignete Räume zur Verfügung gestellt werden und die Sammlungen der hierigen ethnologischen und vorgezeichneten Abteilungen könnten ein außerordentlich reiches Material an interessanten Kunstwerken hergeben. Ich erinnere nur an

die schöne Kollektion von Neolithikulturen und Regermasken, an die Venus-Figuren, an die Plastik der Sammlung Frobenius, an die süd- und mittelamerikanischen Altartümer (darunter die berühmten Reliefs von Sta. Lucia), und die australischen Holzschmuckstücke. Aus den Beständen der prähistorischen Abteilung ließe sich in Originalen und Abgüssen eine lehrreiche Uebersicht über die „physioplastische“ (naturnatürliche) Ausprägung der älteren und die „ideoplastische“ (expressionsplastische) der neueren Steinzeit schaffen, und anderes mehr. Zu erwägen wäre, ob man der neuen Abteilung auch eine Auswahl von indischen Kunstwerken angliedern sollte, die allerdings weder zur primitiven noch zur eigentlich exotischen Kunst zählen. Der kanolische Zustand, daß diese Schöpfungen einer reifen und in ihrer Art höchsten Kultur in ethnologischen Sammlungen untergebracht sind, muß jedenfalls auf irgend eine Weise beseitigt werden.

In geeigneten Kräften zur Ausführung des Projekts mangelt es nicht. Neben gelehrten Sachverständigen müßten meines Erachtens aber auch moderne Künstler ausgezogen werden, die ein feines Empfinden für die ästhetischen Werte der in Betracht kommenden Werke haben und sowohl bei der Auswahl als bei dem Arrangement wichtige Dienste leisten würden. Jedenfalls wollen wir hoffen, daß die jetzt sich bietende und nicht bald wiederkehrende Gelegenheit benutzt wird. Der neue Generaldirektor und die leitenden Räte des Völkerkundemuseums würden damit ein in seiner Art bahnbrechendes Werk vollbringen, sie würden den produktiven Vertretern der modernen Kunst einen unerschöpflichen Dienst leisten und der großen Menge der Kunstgenießer die Möglichkeit bieten, auf dem Wege über die primitive und exotische Kunst zu einem tieferen Verständnis der heute in der Entwicklung stehenden Richtungen des lebendigen Kunstschaffens zu gelangen.

Die Quäker. Die Quäkerspeisungen, die jetzt so vielen deutschen Kindern Kräftigung gewähren, haben den Namen dieser religiösen Sekte bei uns populär gemacht, und viele möchten gern etwas mehr hören von diesen Menschenfreunden. Die hohe kulturelle und soziale Bedeutung der Quäker beleuchtet Herbert Kühnert in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatshefte“. Der Name war ursprünglich ein Spottname; er bedeutet so viel wie Fritzerer und sollte die eifrige Eiferigkeit lächerlich machen, in der sich der religiöse Geist bei den Quäkern vielfach äußerte. Sie selbst nennen sich „Gesellschaft der Freunde“ nach dem Spruch im 15. Kapitel des Johannesevangeliums: „Ihr seid meine Freunde, wenn Ihr tut, was Ich Euch auftrage.“ Die Zahl der Quäker beträgt gegenwärtig in England gegen 20 000, in den Vereinigten Staaten etwa 120 000.

Der Schöpfer der ganzen Bewegung war im 17. Jahrhundert der Engländer George Fox, der Sohn eines Handwerkers, der zunächst als Schafhirte und Schlichter sein Leben fristete und nach seiner Erlaubnis im Jahre 1648 als Prediger und Seelsorger durch die Welt zog. Einen großen Teil seines Daseins verbrachte er im Gefängnis, da er sich durch seine Lehre mit den herrschenden Gewalten in Widerspruch setzte, aber sein heldenhafter Wille siegte auch über die härtesten Widerstände, und so schloß er seine zahlreichen An-

bänge zu einer Gemeinde zusammen. Sein Kampf galt der äußerlichen Fassung des Kirchenbegriffes; er lehnte jeden Gebrauch äußerlicher Gewalt ab und machte es im wirtschaftlichen und sozialen Leben seinen Freunden zur Pflicht, Nächstenliebe sowie unbedingte Redlichkeit und Zuverlässigkeit zu beobachten, sich jedes Luxus und aller aufreizenden Genüsse zu enthalten und sich innerlich zu befehlen von Reichtum, Macht und Ruhmgier. Blöße des Körpers und der Gesundheit betrachtete er als religiöse Verpflichtung, ebenso aktive Teilnahme an allen auf Hebung der Volkshilbung und Zivilisation gerichteten Bestrebungen.

Die von ihm begründete Organisation baut sich stufenförmig aus den drei Elementen der sonntäglichen Gemeindefammlungen, der monatlichen Bezirksversammlung und der jährlichen Generalversammlung auf. Die Selbständigkeit der Gemeinde wird durch die übergeordneten Einheiten nicht angefaßt; neben der männlichen gibt es eine weibliche Organisation, und man untersteht innerhalb der Gemeinde Geistliche, Älteste und Aufsicht. In den Vereinigten Staaten wurde die Quäkerbewegung hauptsächlich durch den jüngeren Reizgenossen und Landsmann von Fox, William Penn, ausbreitet. Die Quäker haben an den von ihnen Führern aufgestellten Grundgesetzen bis zur Gegenwart sich festgehalten. Im August 1914 protestierten sie in einer eindringlichen Kundgebung gegen den Krieg und haben später Schimpf und Schande, Gefängnis und Zwangsarbeit lieber auf sich genommen, als sich dem Kriegsdienst zu widmen. „Den Quäkern“, so urteilt Kühnert, „kommt unbestreitbar eine Bedeutung für die Entwicklung der praktischen Religion, besser der religiösen Moral zu. In dem auf das Programm gerichteten Anachronismus haben sie daher ihre Hauptwirkung entfalten können. Das Letzte und Beste der Religion wird freilich von diesem Geist nicht erfaßt. Gleichwohl darf die Religionswissenschaft seine Leistung nicht unterschätzen.“

Das erlebte Berlin. In Kürze wird ein neues Buch von Carl Sternheim erscheinen. Es heißt „Berlin oder Ruhe mitler“. Von seinem Verleger wird dieses Buch sehr verheißungsvoll folgenbermahnen angeündigt: „Berlin und sein Geist findet durch Carl Sternheim hier seine endgültige Erlösung.“ — Herr Sternheim hat schon mehrere „erlebte“, u. a. die deutsche Sprache, die er ausgiebig zu verorten versteht.

Gertrude Barrison veranlaßt am Dienstag, den 10. August, im Künstlerhaus einen Tanzabend, an dem sie Tänze aus alter und neuer Zeit in Originalkostümen bringt.

Rosa tritt ab. Die Freiburger Volksschule mußte schließen. Ein Kino hat an seine Stelle.

Das Ostpreußen-Kabel. An der Nacht auf Dienstag ist auf hoher See die Verbindung der beiden Kabel Leitungen — Reba erfolgt. Die Verlegungsarbeiten sind vorläufig beendet und die Beendigung ist ausgesprochen.

Eine deutsche Filmchule. Der Vertreter der bayerischen Regierung im Völkerkongressverband deutscher Filmfabrikanten hat eine Denkschrift für die Errichtung einer großen deutschen Filmchule ausgearbeitet. Sie soll Darsteller, Regisseure, Techniker, Organisatoren und Aussteller des Films heranbilden. Es scheint, daß in München viel Beifall besteht, eine solche Filmchule zu errichten. In Berlin haben früher ähnliche Pläne bestanden, von denen man aber abgesehen ist, in der Erkenntnis, daß die Lehrgegenstände in der Praxis viel schneller verarbeitet werden können.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung, Dienstag, den 3. August 1920.

Am Regierungstische: Seining, Koch.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Anfragen.

Abg. Kunert (H. Soz.) weist darauf hin, daß eine Eingabe des Heinen Kriegsrats Uhlenbrod zur Verurteilung übersehen wurde, daß aber nichts daraus erfolgt sei.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß aus rechtlichen Gründen der Eingabe nicht Folge geleistet werden konnte.

Abg. Kunert (H. Soz.): Das ist eine Nipponierung der Beschlüsse des Parlaments.

Abg. Brandes (Soz.) fragt an, ob Montagesulagen steuerpflichtig sind.

Es wird entgegnet, daß nur der Betrag, der den erforderlichen Aufwand überschreitet, steuerpflichtig ist. Dem Steuerabzug sind sie nicht unterworfen.

Abg. Kunert (H. Soz.) behauptet, daß die Berliner Einwohnerwehr sich umgelaufen hat unter der Bezeichnung: „Berliner Selbstschutz“, und daß sie reaktionäre Zwecke verfolgen.

Minister des Innern Koch.

Die Einwohnerverschutztruppe ist seit dem 10. April aufgestellt. Aber allgemein willkürlich sind der Sicherheitswehr übergeben. Ein Teil ist noch in den Händen der einzelnen Mitglieder. Die Bildung des Selbstschutzes wird vom Polizeipräsidenten aufmerksam verfolgt. Die Bestrebungen und Sabotagen dieser Organisation werden streng eingehend geprüft. Eine Anerkennung ist nicht erfolgt. Die Reichsregierung ist mangels eigener Organisation bei der Ermittlung und Verfolgung dieser Angelegenheit auf die Länder angewiesen. Erst nach der Annahme des Entwaffnungsgesetzes wird die Eingliederung der Waffen durch das Reich möglich sein. Es ist selbstverständlich, daß die Waffen einzuziehen sind.

Abg. Koch (H. Soz.) weist darauf hin, daß einzelne Sportvereine, wie der „Club“, reaktionäre Organisationen seien, die auch über Waffen verfügen.

Minister Koch: Auch hier kann erst nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes eingeschritten werden.

Abg. Füringer (Dnat.) führt Beschwerde, weil den Esala-Werken in Weil die Genehmigung zur Ausfuhr von 80 000 Kilo Gramm Kalkstein nach dem Auslande gegeben wurde, obwohl Gramme von deutschen Kindern an Unterernährung litten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß eine solche Ausfuhr höchst unerwünscht und die Genehmigung zu verweigern sei. Im vorliegenden Falle sei die Genehmigung aus geschäftlichen Gründen nachträglich erteilt worden. (Lachendes Hört! Hört! und Unruhe.)

Die Geschäftsliste.

Präsident Lobe teilt darauf mit, daß nach der zweiten Befragung der Entwaffnungsvorlage eine zweitägige Pause eintreten soll. Wahrscheinlich werde der Reichstag noch bis Donnerstag tagen müssen. (Unruhe und Widerspruch.)

Der Gesandtschaftsurat zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichtshöfe und die Befriedung ausländischer Urteile wird in allen drei Befragungen ohne Erörterung angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesandtschaftsurats, der die Pfändungsfreien Lohnsummen verdoppelt. Das Gesetz soll mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft treten.

Abg. Kaiser (Soz.) beantragt eine weitere Erhöhung der Pfändungsfreien Lohnsumme auf 7500 Mk. für Beibrivotele und 6000 Mk. für Ledige.

Staatssekretär Koch: Die Regierung kann über die Verdoppelung der Pfändungsfreien Lohnsumme nicht hinausgehen. Eine organische Neuordnung des Zwangs- und Pfändungswesens wird ohnehin eintreten müssen, um den belanzten Schieberverträgen ein Ende zu machen.

Der Kellereiausschuß des Reichstages trat heute vormittag zu einer Besprechung zusammen, ohne jedoch zu einem bestimmten Resultat zu kommen. Da von den Unabhängigen gegen die sofortige dritte Beratung des Entwaffnungsgesetzes Widerspruch erhoben wird, soll nach Beendigung der zweiten Lesung dieser Vorlage eine Pause von zwei Stunden eintreten, um der Unabhängigen Fraktion Gelegenheit zu erneuter Stellungnahme zu geben. Die Beratungen des Reichstages heute noch zum Abschluß zu bringen, wird infolgedessen nicht möglich sein. Man rechnet mit einer Sitzungsdauer bis Donnerstag.

(Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Freie Kartoffelwirtschaft.

Der Landwirtschaftsausschuß des Reichstages nahm heute den Zentrumsantrag an, wonach bei Aufhebung der Zwangs-wirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 Stimmen gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden Anträge der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15, resp. 20 Mark für den Zentner herabsetzen wollten.

Im weiteren Verlauf der Beratungen äußerte Minister Dr. Herxum Bedenken gegen das Verlangen der Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch. Wenn auch in Süddeutschland die Fleischwirtschaft kaum zu hoffen sei, so müsse doch der Abbau gemeinschaftlich in allen Ländern vorgenommen werden, worüber auch mit den einzelnen Ministern der Länder Einverständnis erzielt sei. Im Ausschuß wurde Heberlein-Stimmung darüber erzielt, daß die Regierung zunächst dem Reichsrat einen Gesandtschaftsurat über Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung vorzulegen habe und dann der Ausschuß für Landwirtschaft Mitte August darüber zu beschließen habe.

Die Zahl der Erwerbslosen.

Berlin, 2. August. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns mitgeteilt, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie das infolge der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, der weiblichen Erwerbslosen 94 154, also insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 297 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 328 997 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden; die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

„Los von Ungarn“. Der Wiener Arbeiterzeitung zufolge fanden am sozialistischen Vereinigungen der West- und Ostungarn veranfaßte Versammlungen statt, in denen die ernsthafte Durchführung des durch den Friedensvertrag von Saint Germain gewährleisteten Anschlusses des westungarischen Burgenlandes an Deutschland für sich für sich gefordert wurde.

Frankreich und die polnische Frage.

In der „Humanité“ schreibt Paul Louis, der während der Friedensverhandlungen im Bureau der französischen Friedensdelegation als Dolmetscher beschäftigt war, über die polnische Frage. Von allen Mächten sei Frankreich bis 1918 der Befreiung Polens am feindseligsten gesinnt gewesen. Eine der Hauptbedingungen der französisch-polnischen Allianz sei allerdings die Aufgabe der polnischen Nationalität gewesen und man wisse auch, mit welcher Entschlossenheit die Jemur 1914 wie 1918 darüber gemacht habe, um jedes unangenehme Wort für den Pariser Friede zu unterdrücken. Das geheime Abkommen von 1918, das Konstantinopel Russland zuerkannte, habe doch in Wirklichkeit die Unterwerfung des polnischen Volkes nach sich ziehen sollen. 1917 bis 1918 habe der Duc d'Orléans mit Kaiser Karl verhandelt und die französische Regierung sei bereit gewesen, Polen an Oesterreich abzutreten. Nachdem man die polnische Freiheit den Romanows verweigert habe, hätte man sie auch an die Habsburger verkaufen können.

Als dann die drei Kaiserreiche zusammengebrochen seien, habe die französische Diplomatie sich für das freie Polen, besser gesagt aber, für das annektionistische Polen eingesetzt. Man habe das Ministerium von Warschau zu einem Kunden machen wollen, der gefügig zu allem bereit sei. Die Dymowski, Biljubi, Schulski, Gomboli seien Soldaten des französischen Imperialismus geworden. Das sei auch der Grund, weshalb England und Italien, die sich andere Randschaft in Osteuropa geschaffen hätten, sich so milde zeigten in ihren Sympathien gegenüber Polen. Bei der Zusammenkunft in Doulogne habe Lloyd George Millerand eine mündliche Verpflichtung für die Solidarität gegeben. Denn Millerand habe vor dem Parlamenten ausführenden diplomatischen Erfolg nötig gehabt, den er hätte ausbeuten können. Wenn morgen Millerand, um seine ökonomischen oder politischen Verpflichtungen zu halten und um den 20 Milliarden in Russland nachzulassen, mit Waffengewalt in Polen eingreifen wollte, werde er allein stehen.

England bewilligt den Kohlenkredit.

London, 2. August. Das Unterhaus hat einstimmig den Kredit für die nominale Summe bewilligt, welche durch die in Spa getroffenen finanziellen Maßnahmen vorzusehen ist. Borthington Evans gab eine Darstellung der Abmachungen und sprach sich mit Nachdruck gegen die Unterstellung aus, daß England dabei einen Profit mache. Lloyd George sagte, daß die Abkommen von Spa bedeute keine Verheerung der Politik, sondern sei die Politik des Versailler Vertrages. Der Versuch, der Deutschland von den Wiedergutmachungseinnahmen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen. Die Einnahmen aus den Verkäufen der England zugewiesenen Schiffe würden England gutgeschrieben werden, während Frankreich seinen Anteil durch die Kohlenlieferungen und durch die ihm überwiesenen Schiffe erhalten werde.

Amerika Teilnehmer der Londoner Konferenz.

London, 3. August. Nach einer Meldung der „Times“ aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, einen Vertreter entsenden werde. Wie von gut unterrichteter Seite, die Wilson nahesteht, behauptet wird, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen werde. Man glaube, daß die Entsendung eines Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten zur Londoner Konferenz auf Frankreichs Wunsch zurückzuführen sei.

Paris, 3. August. „Echo de Paris“ meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert hat, die Sowjetvertreter Krasin und Kamenev zu empfangen, und daß der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjetrepublik verhandelt.

Die Bug-Narewlinie unhaltbar.

Warschau, 3. August. Generalstabbericht vom 2. August. An der deutschen Grenze nördlich von Ostrolenka ist die Lage unverändert. Im Bereich von Nowograd und Komsha haben die Angriffe des Feindes nachgelassen. Unsere regulären und freiwilligen Truppen greifen hier die feindliche Infanterie und Kavallerie an. Zwischen Narew und Bug verläuft unsere Frontlinie östlich von Raszki-Magowice-Byssunki-Kocieleine-Rieschanowice. Am Bug finden im Bereich Mielnik Kämpfe statt. Bei Brest-Litowsk hat der Feind bedeutende Kräfte aller drei Waffengattungen gesammelt und greift die Festung und die Stadt heftig an. (Brest-Litowsk ist inzwischen, wie wir bereits meldeten, von der Roten Armee erobert worden. Anm. d. Red.)

London, 2. August. „Evening Standard“ meldet, daß 6000 bolschewistische Reiter an einem Punkte halbwegs zwischen Grodno und Warschau eingetroffen sind. Die Blätter erkennen den Ernst der Lage an. Besondere Aufmerksamkeit wird der Tatsache gewidmet, daß Krasin und Kamenev heute in London eingetroffen sind.

Paris, 3. August. Havas veröffentlicht einen Bericht der Volkswirtschaft vom 2. d. Mts., in der es heißt: In der Gegend von Komsha wurden die Ufer des Bohr und des Narew überfahren, die Offensive wird energisch fortgesetzt.

Die Waffenstillstandsdelegation.

Paris, 2. August. Nach einer Meldung der „Times“ aus Warschau ist die polnische Waffenstillstandsdelegation mit vierstündiger Verspätung an ihrem Bestimmungsort angelangt. Führer der polnischen Waffenstillstandsdelegation ist General Kamez.

Die Flucht der Ententevertreter.

Paris, 2. August. Der Londoner „Morning Post“ wird aus Warschau gemeldet: Lord Abernethy ist heute nacht abgereist. Nasserand wird morgen abreisen. Man weiß nicht, ob auch General Kadeliffe abreisen wird. Wahrscheinlich wird aber General Wegand solange in Polen bleiben, wie dies nützlich erscheint.

Der Zwischenfall von Fürstfeld.

Wien, 1. August. Eine Verbalnote der österreichischen Regierung gegen den Waffenraub in Fürstfeld ist gestern in Budapest der ungarischen Regierung überreicht worden. Diese hat schleunigste Untersuchung des Vorfalls und Verantwortung des Protesses in kürzester Zeit zugesagt. Die Blätter erfahren, daß infolge der Ereignisse in Fürstfeld sich eine Offiziersabordnung der interalliierten

Militärkommission an die westungarische Grenze begeben werde, um die Lage zu prüfen. Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, um künftig eine Einmischung unverantwortlicher militärischer Formationen auszuschließen. Bestimmungen für die Uebernahme der durch den Vertrag von Saint Germain Oesterreich zugesprochenen westungarischen Grenzgebiete sollen festgelegt werden.

Die Arbeiterzeitung meldet, verhaftete die Polizei in späteren Nachmittage einen der Arbeiter in Jala Gortzög, Oberleutnant Kugler. Dieser bestätigte bei seinem Verhör, daß als Zweck der Legion ein Einfall in Oesterreich und der Sturz der republikanischen Regierung bezeichnet wurde.

Die griechischen Truppen haben ganz Thrazien bis zur Tschakalisch-Dlinie besetzt.

Groß-Berlin

Christliche Nächstenliebe.

Heute morgen stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in der Rosenfelder Straße ein junges Mädchen aus dem Fenster. Im schwerverletzten Zustande wurde es in das zunächst gelegene Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Die frommen Schwestern übernahmen die Aufnahme der Schwerverletzten, da sie Selbstmörder nicht aufnehmen. Sie wurde darauf dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt.

Dieser empörende Vorfall ist so ziemlich der Gipfel menschlicher Rohheit, der uns bisher bekannt wurde. Diese frommen Schwestern haben anscheinend die Worte „Liebe deinen Nächsten“ schon längst wieder vergessen. Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, wie man sich etwa verhalten hätte, wenn plötzlich der sterbende Selbstmörder Joachim von Preußen um Aufnahme gebeten hätte. Wie zweifeln nicht daran, daß man ihm seine Hilfe nicht verweigert hätte, eben so wenig, wie die Kirche davor zurückschreckte, diesen fürstlichen Selbstmörder einzusegnen, während man den gewöhnlichen Sterblichen, der sein Leben von sich wirft, ohne kirchlichen Segen der Erde übergibt. Vielleicht findet sich eine zuständige Stelle, die den von „Nächstenliebe“ sterbenden Schwestern im Hedwigs-Krankenhaus einmal eine Lektion über Menschenliebe erteilt und ihnen bedeutet, daß es Menschenpflicht ist, jedem mit dem Tode Ringenden Hilfe zu leisten.

Magistratsrat Dr. Nieß II. In Oberdorf in Oberbayern ist der Leiter der Berliner Kohlenstelle Dr. Nieß II. tödlich abgestürzt.

Die Bildung des Magistrats Groß-Berlin hat dem Bund der technischen Angestellten Veranlassung gegeben, an die neue Stadtverordnetenversammlung eine Petition zu richten, in der die Befreiung der technischen Deputierten durch Fachleute verlangt wird.

Das orthodoxe Turnen für Neufahrer Schulkinder mit schwach entwickelter Rückenmuskulatur und schlechter Haltung sowie leichter Verbiegung der Wirbelsäule soll an den hiesigen Unterrichtsanstalten unmittelbar nach den Ferien wieder aufgenommen werden; der größte Teil der in Frage kommenden Kinder ist durch einen Spezialarzt bereits ausgewählt. Nähere Auskunft über Ort und Zeit des Turnunterrichts wird den Teilnehmern beim Schulbeginn erteilt. Orthodoxisch vorgebildete Lehrkräfte wollen sich baldmöglichst schriftlich beim Magistrat, Gesundheitsamt, zur Uebernahme der Turnstunden melden.

Neu-Bittan (Kreis Weesow). Gemeindevertreterversammlung. Die hier selten zustandelkommenden Gemeindevertreterversammlungen sind jetzt reger besucht von den Deutschnationalen und deren Angehörigen. Die Herren bekommen Konfuziusanfälle, so bald Scholle Frenzel erscheint, welcher ihnen naarf auf die Finger sieht. Am Frenzel auszuhalten, hat diese Gesellschaft, die noch die Mehrheit hier besitzt, jetzt lauzehand beschlossen, ohne darüber eine Debatte anzustellen, ihn auf sechs Monate aus dem Gemeindevertretersitzungen auszuschließen. Nach dem hier existierenden Ortsstatut ist die Ausschließung eines Mitgliedes, der sich ordnungswidrig benimmt, im Wiederholungsfall möglich. Dieser Beschluß bedarf jedoch der Bestätigung. Nach Eröffnung der letzten Sitzung forderte der Gemeindevorsteher Frenzel auf, vom Verhandlungstisch sich zu entfernen. Unter Hinweis, daß diese Aufforderung gesetzwidrig sei, weil die Bestätigung des fraglichen Beschlusses noch aussteht, blieb wirkungslos. Gen. Frenzel verblieb an seinem Platz. Nach Eintritt in die Tagesordnung erbatete Gen. F., welcher der Rechnungsprüfungskommission angehört, den Prüfungsbericht und rügte u. a., daß der Steuerheber ohne Anweisung den Betrag von 200 M. widerrechtlich der Kasse entnommen hat. Ferner, daß einem jungen unverheirateten Agitator der Deutschnationalen ein Gesamtbetrag von 680 M. in Form von Arbeitslosenunterstützung für solche große Zeitaufschüsse von 13 Wochen usw. mit einemmal ausgezahlt sind, außerdem stellte Gen. F. fest, daß diese Zahlungen teilweise sogar doppelt an diesen geleistet wurden. Hierbei bemängelte sich der deitschnationalen Heiden eine Verbotstafel, da ihnen diese Feststellung unangenehm war. (Der Inhaber des Arbeitsnachweises, ein Vertreter des Landrats, sowohl der Gemeindevorsteher sind die Wortführer der Deutschnationalen.) Um nun weiterer Vandalage zu entgegen, glaubte der Gemeindevorsteher Dr. Domsch die Situation dadurch zu retten, daß er den Antrag stellte, Genossen Frenzel vom Verhandlungstisch fortzujagen. Dieser leistete der Aufforderung, sich zu entfernen, keine Folge, worauf die deitschnationale Mehrheit nebst dem Gemeindevorsteher, ohne die Sitzung zu schließen, fluchtartig den Verhandlungsraum verließ, und so der Rechenschaft über die gesetzwidrige Handlung sich entzog. Bemerkenswert ist es, daß gerade diese Herren nicht genug die Arbeitslosenunterstützung in Verruf bringen konnten und diese „Faulheitsprämie“ nannten, jetzt aber in so unverantwortlicher Weise ausnützen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 4. August:

Wittenan. 7 1/2 Uhr, Frauenabend bei Schulz, Hauptstr. Ref.: Grollin-Hofel.
Krowawes. Rikalederverammlung. Tagesordnung: 1. Kommunales. 2. Unter nächster Bezirkstag. 3. Berichtedens. Gäste haben Zutritt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsgeldbesitzigen (Bezirk 12, Osten). Heute 7 Uhr, Mitgliederversammlung in der Biechowsstraße, Adenauer Str. 87. — Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Osten II. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung in der Brauerel Westberg, Frankfurter Allee 313.

Sport.

Ringkämpfe in Schöneberg. Als erstes Paar rangen Meiser Schachschneider, welche sich im Entscheidungskampf gegenüberstanden. Infolge einer Armerlebung war Schachschneider zu Ende des zweiten Ganges gezwungen, den Kampf aufzugeben. Beim darauffolgenden Entscheidungskampf zwischen Landau und Petzold siegte Petzold. Der Kampf zwischen Haber und Nigler blieb nach 20 Minuten unentschieden. Zum Schluß siegte De Souza über May nach 6 Minuten durch Untergriff von hinten. Heute finden drei Entscheidungskämpfe statt und zwar De Souza gegen Sawlischel, May gegen Landau und Pinegt gegen Grilfen.

